

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 53. Für unerlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 260

Donnerstag, den 7. November 1918

13. Jahrgang

Eine Mahnung des Reichskanzlers zur Ordnung und Selbstzucht.

Ein Aufruf der Sozialdemokraten. Einigkeitsbestrebungen in der Sozialdemokratie. Gefährliche Flugchriften in Deutschland. Die Matrosenunruhen an der Wasserfront. Die deutschen Unterhändler für den Waffenstillstand. Konflikt zwischen Wilson und der Entente. Eine Protestnote der deutschen Regierung an die russische Regierung. Die neuesten Ereignisse in Oesterreich-Ungarn.

Der Reichskanzler ans deutsche Volk.

Der Reichskanzler erläßt folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

Präsident Wilson hat heute auf die deutsche Note geantwortet und mitgeteilt, daß seine Verbündeten den 14 Punkten, in denen er seine Friedensbedingungen im Januar dieses Jahres zusammengefaßt hatte, mit Ausnahme der Freiheit der Meere zugestimmt haben, und daß die Waffenstillstandsbedingungen durch Marshall Hoch mitgeteilt werden. Damit ist die Voraussetzung für Friedens- und Waffenstillstandsbedingungen gleichzeitig geschaffen. Um dem Blutvergießen ein Ende zu machen, ist die deutsche Abordnung zum Abschluß des Waffenstillstandes und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen heute ernannt worden und nach dem Westen abgereist.

Die Verhandlungen werden durch Unruhen und disziplineloses Verhalten in ihrem erfolgreichen Verlauf ernstlich gefährdet.

Ueber vier Jahre hat das deutsche Volk in Einigkeit und Ruhe die schwersten Leiden und Opfer des Krieges getragen. Wenn in der entscheidenden Stunde, in der nur unbedingte Einigkeit des ganzen deutschen Volkes große Gefahren für seine Zukunft abwenden kann, die inneren Kräfte versagen, so sind die Folgen nicht abzusehen.

Aufrechterhaltung der bisher bewahrten Ordnung und freiwillige Manneszucht ist in dieser Entscheidungstunde eine unerlässliche Forderung, die jede Volksregierung stellen muß.

Möge jeder Staatsbürger sich der hohen Verantwortung bewußt sein, die er in Erfüllung dieser Pflicht seinem Volke gegenüber trägt.

Der Reichskanzler Prinz Max von Baden.

Darf die deutsche Kaiserkrone frei werden?

Die Entente, Diplomatie drängt offensichtlich auf die Beseitigung der Hohenzollern und möchte diesen Punkt am liebsten ausdrücklich in die Friedensverhandlungen aufnehmen.

Nehmen wir an, das deutsche Kaiserthum werde beseitigt und Deutschland in eine aus monarchischen Bundesstaaten zusammengesetzte Republik verwandelt. Eine wirkliche Republik wäre das natürlich nicht. Um die zu verwirklichen, müßten zwei ungeheure, innerhalb der deutschen Staatenbildungen Mitteleuropas unumgängliche und ungeschichtliche Aufgaben gelöst werden: der Sturz sämtlicher bundesstaatlicher Dynastien und die Beseitigung der föderalistischen Grundfrage des Reiches. Es würde also bei Beseitigung des Hohenzollern-Kaiserthums ein unumgängliches Staatengebilde herauskommen: eine Republik von Monarchen. Praktisch wäre damit nur eine neue Entwicklung begonnen: Welcher Bundesstaat wird Preußens Nachfolger und welche deutsche Dynastie wird von neuem mit Erfolg die deutsche Kaiserkrone anstreben? Die deutsche Frage des 19. Jahrhunderts wäre in ihrer ganzen Schwere wieder aufgerollt. Durch die Vostrennung Deutsch-Oesterreichs aus dem habsburgischen Staatenverbände wäre nicht nur die alte Frage zwischen Süden und Norden, sondern auch der konfessionspolitische Gegensatz aufs neue herausgefordert. All jene innerdeutsche Berrissenheit, die das 19. Jahrhundert uns gebracht, die ganze Schwäche inneren Zerfalls und außenpolitischer Ohnmacht würde aufs neue am deutschen Horizonte aufblühen. Die achtzigtausend Gefallenen der Einigungskriege wären umsonst gefallen, Bismarck umsonst über die Welt, Bahne geschritten. Wir wären um ein Jahrhundert in unserer Geschichte zurückgeworfen und müßten das ganze 19. Jahrhundert im 20. noch einmal durchleben, wenn die deutsche Kaiserkrone wieder verworfen und in das Spiel der politischen Kräfte zurückgeschleudert würde.

Das ist die vom Standpunkt der Entente durchaus nicht unkluge Berechnung. Deutschland soll aufs neue den Schwereburden seiner inneren Politik überantwortet und wenigstens ein halbes Jahrhundert so mit sich selbst beschäftigt werden, daß es in den wirt-

wirtschaftlichen und weltpolitischen Entscheidungen der nächsten Zeit kein Gewicht in die Waagschale legen kann.

Freilich liegt dem auch noch der andere Gedanke zu Grunde, daß Deutschland nicht als geschlossene Großmacht, sondern als zerfallende Kleinstaatenerei in den Völkerbund eintreten soll. Dann würden die innerdeutschen Wesen nicht durch das freie Spiel der politischen Kräfte entschieden, sondern die langsame Neugestaltung Deutschlands wäre den Schiedsgerichten und der Disziplin des Völkerbundes überantwortet. Ein angelsächsisch regiertes Deutschland wäre das Ergebnis, wenn ein Deutschland ohne Kaiserdynastie in den Völkerbund eintrete.

Das Zentrum und die Kaiserfrage.

Die „Germania“ beschäftigt sich eingehend mit den Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie, die eine Abdankung des Kaisers für notwendig erachten.

„Der „Vorwärts“, sagt das Zentrumorgan, „steht die Frage noch als offen an, meint aber, die nächste Zeit werde die Entscheidung bringen müssen; sie könne so ausfallen, daß die sozialdemokratischen Mitglieder unter Umständen aus der Regierung austräten. Das Blatt spricht also hier von einer Möglichkeit, die noch in der Zukunft liegt. Wir dürfen darum annehmen, es werde uns zustimmen, wenn wir für die Gegenwart feststellen, daß die Forderung, der Kaiser solle abdanken, durchaus jenseits des Regierungsprogramms liegt, auf das sich die vier großen Parteien des Reichstags geeinigt haben und auf Grund dessen die heutige Volksregierung gebildet ist und den deutschen Volksstaat eingerichtet hat. Es versteht sich wohl von selbst, daß bis zum Eintritt neuer erheblicher Tatsachen jede Partei sich an dieses Programm gebunden erachtet, denn nur Notwendigkeiten, nicht Stimmungen haben uns zusammengeführt und Wunden trennen, und nur Uebereinstimmung der beteiligten Parteien vermag zu einer Erweiterung oder Einengung des Programms zu führen. Damit ist natürlich nicht gesagt, die Sozialdemokratie dürfe nicht für sich in Anspruch nehmen, weitergehende Forderungen, als auch die Abdankung des Kaisers zu vertreten; nur bleibt den anderen Parteien dann das gleiche Recht, sie können für ein Verbleiben des Kaisers sich einsetzen und müssen das ebenso unbedenklich tun können.“

Die „Germania“ setzt sich dann mit dem Vorschlage des „Vorwärts“, durch eine Volksabstimmung die

Kaiserfrage entscheiden zu lassen, auseinander, glaubt indessen, die Ueberzeugung des Reichstages als ausreichenden Ersatz für eine Volksabstimmung ansehen zu können. Wie aber die Ueberwiegende Mehrheit des Reichstages entscheiden werde, sei nicht zweifelhaft. Im übrigen erlaßt die „Germania“ die Wehrheitssozialdemokratie, nicht auf Stimmungen, die ein überaus schwankender Boden seien, politische Entscheidungen von so großer Tragweite aufzubauen.

Eine neue Antwortnote Wilsons an Deutschland.

Die Friedensbereitschaft der feindlichen Mächte.

Präsident Wilson hat in Fortsetzung seiner Bemittlerrolle durch seinen Staatssekretär Lansing der deutschen Regierung gestern eine Note zugehen lassen, die wir nach gestern in später Abendstunde durch Extrablatt verbreiteten. Die Note hat folgenden Wortlaut:

Berlin, 6. November. (Amtlich.) Die durch Funkpruch eingetroffene Note der Vereinigten Staaten vom 5. November 1918 lautet in der Uebersetzung:

In meiner Note vom 28. Oktober 1918 habe ich Ihnen mitgeteilt, daß der Präsident seinen Notenvorschlag den mit den Vereinigten Staaten verbündeten Regierungen übermittelt hat, mit dem Anheimstellen, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angebotenen Bedingungen und Grundfragen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten zu ersuchen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahrt und den verbundenen Regierungen die unbedingte Macht sichert, die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen, wosfern sie einen Waffenstillstand vom militärischen Standpunkt für möglich halten.

Der Präsident hat ein Memorandum der alliierten Regierungen mit Bemerkungen über diesen Notenvorschlag erhalten, das folgenbermaßen lautet:

Die alliierten Regierungen haben den Notenvorschlag zwischen den Präsidenten der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung sorgfältig in Erwägung gezogen. Mit den folgenden Einschränkungen erklären sie ihre Bereitschaft zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918, sowie der Grundzüge, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind. Sie müssen jedoch darauf hinweisen, daß der gewöhnliche sogenannte Begriff der Freiheit der Meere verschiedene Auslegungen (Bestimmungen?) einschließt, von denen sie einige nicht annehmen können. Sie müssen sich deshalb über diesen Gegenstand beim Eintritt in die Friedenskonferenz volle Freiheit vorbehalten.

Ferner hat der Präsident in den in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918 niedergelegten Friedensbedingungen erklärt, daß das besetzte Gebiet nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wiederhergestellt werden müsse. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß aber den Sinn dieser Bedingungen kein Zweifel bestehen darf. Sie verstehen darunter, daß Deutschland für alle durch seine Angriffe zu Land, zu Wasser und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schäden Ersatz leisten soll.